

region bern

WORB / Vor der Abstimmung über das Reglement zum öffentlichen Dienstrecht interessiert vorab der Präsidentenlohn

Die Geldbeutel der Gemeindepräsidenten sind nicht überall gleich dick

Lohnfragen werden meist hinter vorgehaltener Hand verhandelt. Nicht so in Worb: Die vorgesehene Erhöhung des Präsidentenlohns wird öffentlich angefochten. Doch selbst mit einer Lohnerhöhung von 2000 Franken pro Monat auf rund 13 000 Franken mischt sich Peter Bernasconi noch längst nicht unter die Spitzenverdiener der Region.

Katrin Neuenschwander

Wer als Gemeindepräsident reich werden will, muss sich genau überlegen, in welcher Gemeinde er ein solches Amt übernehmen möchte. Weit gefehlt hat nämlich, wer glaubt, die Mandatsträger würden überall ähnlich entlohnt. In Köniz und Muri etwa sind solche Stellen hochdotiert, während in Ittigen und Wohlen die Saläre der Spitzenleute deutlich bescheidener sind (siehe Kasten). Lohnmässig am schlechtesten weg kommt zurzeit Worbs Gemeindepräsident: Er rangiert in der kantonalen Gehaltsklasse 22, was etwa 11 000 Franken pro Monat entspricht.

Das Parlament hat im November beschlossen, dieses Salär aufzustocken, gleichzeitig den nebenamtlich beschäftigten Gemeinderäten künftig 12 000 Franken statt bloss 6000 Franken als Entschädigung zuzusprechen und die Sitzungsgelder von 25 auf 35 Franken anzuheben. Das entsprechende Reglement über das öffentliche Dienstrecht wurde einstimmig, wenn auch erst nach ausgedehnter Debatte, verabschiedet.

Bürgergruppe wehrt sich

Doch die Amtsträger hatten sich zu früh gefreut: Wenn's ums Geld geht, will das Volk bekanntlich mitreden. Und so hatte sich kurz nach Bekanntgabe des Entscheids flugs eine Gruppe formiert, die den Lohnanpassungen nichts Gutes abgewinnen konnte. Im Umfeld der Bürgergruppe Rüfenacht, die sich früher regelmässig gegen Steuererhöhungen stark gemacht hatte, wurden Unterschriften für ein Referendum gesammelt. Im Nu waren die Unterschriftenbögen voll, und der Termin für die Abstimmung an der Urne wurde auf den 10. März festgelegt. Die Schuldenlast der Gemeinde und der hohe Steuersatz von 2,6 erlaubten keine Lohnerhöhungen, wird im Vorfeld der Abstimmung argumentiert. Der Entscheid des Parlaments sei befremdend angesichts der allgemeinen Baisse in der Privatwirtschaft.

Doch so deutlich der Entscheid des Parlaments gefallen war, so klar hatten sich bereits damals während der Diskussion etliche Kritiker zu Wort gemeldet. Ins Kreuzfeuer gerieten dabei sowohl der Lohn des Präsidenten wie auch der gewählte Zeitpunkt der Reglements-Revision. Unbestritten blieb hingegen der Zustupf für die Gemeinderäte.

«Falscher Zeitpunkt»

Die Freien Wähler zum Beispiel wollten das Paket an den Gemeinderat zurückschicken, allerdings weniger wegen der geplanten Lohnanpassungen denn vielmehr, um den erwarteten Neuerungen seitens des Kantons nicht vorzugreifen. «Inhaltlich bemängeln wir nichts, die Lohnanpassungen sind notwendig, wenn wir auch künftig gute Leute in der Exekutive wollen. Uns stört bloss der Zeitpunkt», sagt FWW-Parlamentarier Jonathan Gimmel. Das neue kantonale Gehaltsdekret - es ist in der Novembersession vom Grossen Rat verabschiedet worden und tritt 1997 in Kraft - liefert nämlich die Grundlagen für die Berechnung der Gehälter der Verwaltungsangestellten und Behördemitglieder in vielen Gemeinden.

Konkret auf die Höhe des Präsidentenlohns zielt die Kritik von SVP und SP: Die SVP verzichtet zwar auf eine Abstimmungsempfehlung, doch moniert sie, dass es schwierig sei, Peter Bernasconis Lohnerhöhung den «rezessionsgeplagten» Bürgerinnen und Bürgern zu erklären. Der SP erscheint der Sprung von der 22. in die 24. Gehaltsklasse gleichfalls hoch, doch angesichts der hohen Löhne der Worber Chefbeamten erachtet SP-Parlamentsmitglied Hans Ulrich Joss die Aufstockung als vertretbar. «Wir können ja kaum die Beamtenlöhne kürzen», sagt er. Dass eine Anpassung notwendig ist, wird allerdings weder seitens der Bürgerlichen noch der Linken bestritten, schliesslich datiert das geltende Reglement aus dem Jahr 1980.

An den höheren Entschädigungsansätzen für die Gemeinderäte rüttelt keine Partei: Die SP hatte aber im Parlament vergeblich gefordert, dass Mandatsträger, die oft einen Tag pro Woche dem Arbeitsplatz fernbleiben müssen, je nach Situation besser abgesichert werden. SVP und FDP erinnerten in diesem Zusammenhang auch an die Selbständig erwerbenden, die oft finanzielle Einbussen hinnehmen müssten, weil sie doch bis zu 25 Prozent ihrer Arbeitszeit dem politischen Mandat widmeten. In Stillschweigen hüllt sich noch die Freiheitspartei: Parlamentsmitglied Benedict Seelhofer will noch keine Stellung beziehen.

Ein Blick in die Lohntüten

kan. Mit seinem aktuellen Salär von 11 604 Franken verdient Worbs Gemeindepräsident Peter Bernasconi deutlich weniger als seine Kollegen in vergleichbaren Gemeinden der Region: Wohlens Gemeindepräsident Martin Gerber erhält monatlich 13 695 Franken, inklusive Teuerung. Dieser Betrag entspricht der kantonalen Gehaltsklasse 24. Gerbers Lohn wurde übrigens erst kürzlich angehoben, bis Ende Jahr war er eine Stufe weiter unten eingereiht.

Etwas mehr verdient Gemeindepräsident Walter Frey aus Ittigen in seinem 10. Amtsjahr: Mit 13 963 Franken stösst er ans Maximum der kantonalen Lohnklasse 25.

Spitzenverdiener: Muri, Köniz

Deutlich mehr verdienen hingegen die beiden vollamtlichen Gemeindepräsidenten der Parlamentsgemeinden Muri und Köniz: In Muri will Gemeindeschreiber Kurt Schneider den genauen Betrag seines Chefs zwar nicht nennen, doch bewegt sich der Jahreslohn von Peter Niederhäuser zwischen 145 000 und 165 000 Franken, wobei eine Teuerungszulage von aufgerechnet 25,5 Prozent dazugeschlagen wird. Die Teuerung ist Teil des Lohns, wird aber separat ausgewiesen und jährlich neu aufgerechnet. Ebenso in Köniz, wo sich die Teuerungszulage mittlerweile auf 30 Prozent eingependelt hat. Dem Gemeindepräsidenten Henri Huber werden 230 212 Franken jährlich ausbezahlt.

Die beiden hauptamtlichen Gemeinderäte in Henri Hubers Team verdienen je 187 600 Franken.

Nebenämter machen nicht reich

Eine Sonderstellung nimmt Belps Gemeindepräsident Rudolf Joder ein, bekleidet er doch ein sogenanntes Halbamt: Sein Salär beträgt 74 000 Franken pro Jahr, was einem Monatslohn von 5692 Franken (inklusive 13. Monatslohn) entspricht. Wer sich nebenamtlich in den Dienst der Gemeinde stellt, wird nicht reich: Gemeindepräsident Daniel Weissmüller etwa, der die Geschicke Münsingens leitet, erhält hierfür jährlich 37 200 Franken.

Die Mitarbeit als Gemeinderätin oder Gemeinderat dürfte auch weniger ein lukratives Geschäft denn eine Ehrensache sein: 6000 Franken erhalten heute in Worb die Gemeinderatsmitglieder, mit dem neuen Reglement würde der Betrag auf 12 000 Franken angehoben.

In Wohlen erhalten die Gemeinderäte als Jahrespauschale 10 000 Franken, in Ittigen werden ihnen 8000 Franken bezahlt, und Münsingens Exekutivmitglieder müssen sich mit 7700 Franken begnügen, darin enthalten sind 20 Prozent zur Abgeltung der Spesen. Etwas mehr, nämlich 11 000 Franken, erhält der Vizepräsident des Rates. Muris Exekutivleute erhalten 10 000 Franken plus 4500 Franken Spesen.

Um einiges besser sieht es für die Könizer Mandatsträger aus: Dort kassieren die vier nebenamtlich beschäftigten Gemeinderatsmitglieder nämlich satte 45 962 Franken. Zusätzlich erhalten sie ihre Spesen abgegolten.